

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 33 (1957-1958)
Heft: 10

Vorwort: Die Sonne scheint für alle Leut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

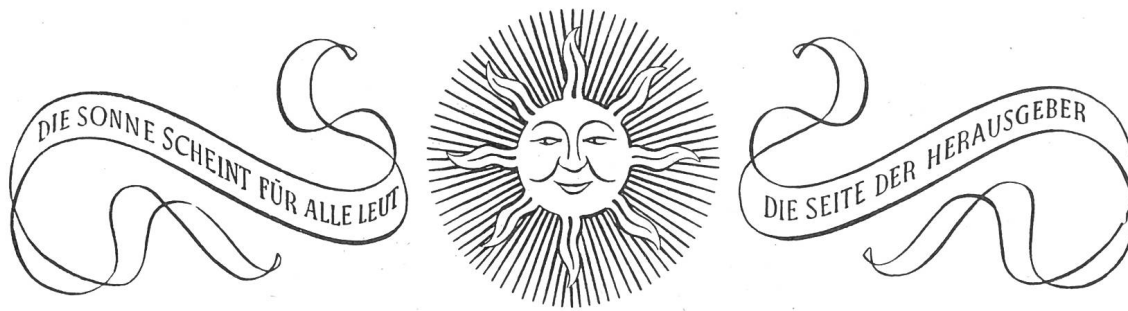
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



WENN es sich nicht ziemt, andern Völkern Lehren zu erteilen, so ist es doch wohl erlaubt, aus den politischen Ereignissen im Ausland zu lernen.

DIE Geschehnisse in Frankreich, deren weitere Entwicklung sich kaum abschätzen läßt, bereiteten sich seit Jahrzehnten auf Grund von Verhältnissen vor, die von den schweizerischen grundverschieden sind. Der Vergleichspunkt liegt einzig darin, daß sowohl Frankreich wie die Schweiz bei aller Verschiedenheit der Verfassung und der Aufgabe dieser Staaten, Demokratien sind.

KEINE Demokratie erträgt auf die Länge, daß sich der Bürger bloß um die staatlichen Angelegenheiten kümmert, um Vorteile zu ergattern, oder Opfer abzuwälzen. Die Demokratie setzt eine große Mehrheit von Bürgern voraus, die sich über Partei-, Standes- und Regionalinteressen hinweg persönlich für den Staat verantwortlich fühlt. Dabei sind die Passivbürger, die von ihren ehrbaren Geschäften und schätzenswerten Liebhabereien so voll in Anspruch genommen werden, daß sie zwar weder schimpfen, noch klagen, aber die Bemühung um den Staat den andern überlassen, noch gefährlicher als jene, die dessen Nutzen mit dem eigenen verwechseln – ganz einfach, weil ihre Zahl ungleich größer ist.

DIE Verherrlichung des Staates widerspricht dem Wesen der Demokratie. Diese fordert im Gegenteil vorsichtige Wachsamkeit allen staatlichen Einrichtungen gegenüber. Ein Demokrat denkt nicht daran, in seinen Parlamentariern, Magistraten und Beamten kleine Herrgötter zu vermuten. Fehlleistungen und Verfehlungen, sogar in den höchsten Spitzen, können ihn betrüben und empören, nie aber an dem Staate irre werden lassen, der seine

eigene Sache ist, und für deren Mängel er sich immer mitverantwortlich weiß. Leute, die zu fein sind, um sich mit den Unzulänglichkeiten des Staates und dem «Schmutz» der Politik abzufinden, mögen vorzügliche Menschen sein, aber sie bringen, wenn es ihrer zu viele werden, eine Demokratie auf den Hund.

ES gehört sich, daß die Bürger keiner staatlichen Instanz blindes Vertrauen schenken, aber die Grundlage einer solchen behutsamen Haltung muß die Liebe zum Staat sein. Wer die diesem, wie allen menschlichen Einrichtungen, unvermeidlich anhaftenden Schwächen zum Anlaß nimmt, ihn planmäßig herabzusetzen und lächerlich zu machen, ist, so geistreich und überlegen er es tun mag, ein gemeingefährlicher Schädling.

IN einer Demokratie müssen verschiedene Meinungen kräftig zum Ausdruck kommen. Aber auch in den erbittertsten Auseinandersetzungen dürften wir nie vergessen, daß die politischen Gegner Mitbürger sind, mit denen man sich wieder zusammenfinden will. Allein diese Einstellung erlaubt es, die Staatsfeinde gemeinsam in Schach zu halten.

ZU unseren staatlichen Einrichtungen gehört die Armee. Die Ereignisse in Frankreich zeigen einmal mehr, wie wichtig für uns das ungeschwächte Milizsystem als Garantie dafür ist, daß nie ein militärischer Führer sich gegen den Staat wenden könnte. Er fände, weil Soldaten und Offiziere zuallererst verantwortliche Staatsbürger sind, keine Truppe, die ihm folgen würde. Diese Gewißheit zu haben wird um so wichtiger, je entsetzlicher die Waffen sind, die der Armee notwendig zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn diese ein taugliches Mittel zur Verteidigung unseres Staates bleiben und nicht zu einem Spielzeug herabsinken soll.